Abonnements-Preis [illegible] einschl. Bringerlohn [illegible] in der Expedition 60 Pf. pro Monat. [illegible] bezogen (Post-[illegible]) pro Vierteljahr [illegible] Unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich-Ungarn [illegible] das übrige Ausland 3 Mk. pro Vierteljahr.

Redaktion: [illegible]straße 61, 1. Etage. Sprechstunde [illegible] von 12 bis 1 Uhr. Telephon: Amt I, Nr. 4583.

Telegramm-Adresse: „Arbeiterzeitung Dresden".

Sächsische Arbeiter-Zeitung

Organ zur Wahrung der Interessen der Arbeiterklasse.

Inserate werden die 6 gespaltene Petitzeile oder deren Raum mit 18 Pf. berechnet und bei mehrfacher sonstiger Wiederholung wird Rabatt gewährt. Vereins-Anzeigen 10 Pf. Inserate werden bis Quartiers 9½ Uhr vorm. in der Expedition abgegeben sein und sind im Voraus zu bezahlen.

Expedition: Gerbergasse Nr. 1. Geöffnet von morgens 6 bis abends 7½ Uhr. Telephon: Amt I, Nr. 1769.

Erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Nr. 230. | Dresden, Dienstag den 5. Oktober 1897. | 8. Jahrgang.

Politische Uebersicht.

Dresden, 4. Oktober.

Die taktischen Lehren der sächsischen Landtagswahlen.

Die Taktik der Wahlenthaltung und Mandatsniederlegung.

Die erste Wahl unter dem Dreiklassenwahlsystem war eine Ueberwahl. Früher konnte man sich nur in Spekulationen ergehen, jetzt haben wir die Thatsachen vor uns. Es gilt deshalb, kühlen Blutes und klaren Auges Rechenschaft geben darüber, wie die Dinge stehen. Sine ira et studio! Die Meinungen sind in Laufe dieser anderthalb Jahre seit der Vernichtung des gleichen Wahlrechts heftig aufeinander gestoßen — es gilt jetzt vor allem, sich von der Voreingenommenheit der Rechthaberei freizuhalten. Nur auf die Sache allein kommt es an.

Vergegenwärtigen wir uns, wie dieser taktische Meinungsstreit innerhalb der Partei, über Wahlbeteiligung oder Wahlenthaltung, überhaupt entstanden ist und sich entwickelte. Den Anstoß gab die Mandatsniederlegung. Das war die neue Parole, die ausgegeben wurde. Die Mandatsniederlegung wurde empfohlen als großer „Gegenschlag" gegen die Reaktion. Sich in weiterer Schlußfolgerung sagte man: „Wir wollen mit dem aus dem Dreiklassenwahlsystem hervorgehenden Landtag überhaupt keine Gemeinschaft machen, wir wollen uns nicht mehr narren lassen." Das sollte aber keineswegs bedeuten, daß man auf die Wiedereroberung des gleichen Wahlrechts verzichtet und sich, murrend zwar, doch widerstandslos, in den neuen Zustand der Dinge schickt. Daran dachte man keinen Augenblick. Nein, im Gegenteil, man hat fest geschworen, nicht zu ruhen und nicht zu rasten, bis das Dreiklassenwahlsystem gestürzt ist, und gerade durch die Mandatsniederlegung und den Verzicht auf die Wahlbeteiligung unter dem Dreiklassenwahlsystem sollte die Bahn freigemacht werden zu einer großen Agitation gegen das Dreiklassenwahlsystem. Es verlohnt sich, um die damaligen Pläne und Absichten der Anhänger der Wahlenthaltung und Mandatsniederlegung zu vergegenwärtigen, ein paar Aeußerungen der „Leipziger Volkszeitung" aus jener Zeit als typische Musterbilder der damaligen Stimmung anzuführen.

Als die Entscheidung über das neue Wahlgesetz herannahte, schrieb die „Leipz. Volksztg.": „Hier giebt es kein Zaudern, kein Schwanken. Mit dem gesetzlich festgelegten Wahlunrecht paktiert die Arbeiterschaft nicht. Kein Kompromiß, kein Waffenstillstand! Der offene Kampf um das höchste Recht der Ausgebeuteten, der Unterdrückten, der kleinen Leute ist entbrannt?" Als dann die Entscheidung fiel, wurde auch gleich die Losung ausgegeben: „Auf den Schlag der zum Gesetze erhobenen politischen Rechtlosigkeit der Wahlmasse der Gegenschlag der einmütigen sofortigen Mandatsniederlegung." Und nun ging es in einem fort: „Der wichtige Schlag der Mandatsniederlegung, die dem Massenprotest sich folgerichtig anschließt, eröffnet die neue Periode des organisierten planmäßigen Feldzuges wider das gesetzlich festgelegte Wahlunrecht . . . Welch eine Thorheit aber, ließen wir den Strom der Bewegung unnütz verrauschen, dächten wir ihn gar zum Stocken, anstatt ihn im sicheren Bette zu halten! . . . . Die Protestbewegung darf nicht einen Augenblick stillstehen . . . . keine Ruhe sei denen gegönnt, die nach dem höchsten Gute der Masse die Hand ausgestreckt haben . . . Nichts darf ungenützt bleiben, was den Widersachern des politischen und sozialen Fortschrittes ihre Maulwurfsarbeit erschweren könnte.

„Die alten Bücher müssen geschlossen, es muß glatte Rechnung gemacht werden, die Mandatsniederlegung ende den ersten Abschnitt des Freiheitskampfes! Dann beginne die neue Periode unserer Volksbewegung, die alle Kräfte in wuchtiger Energie zusammenfaßt, mit unwiderstehlichem Schwunge die Hunderttausende der Entrechteten aufrüttelt, den Feldzug für die Volksrechte planmäßig organisiert, in Wort und Schrift die Masse über ihre Leiden und ihre Aufgaben aufklärt, die Herzen entflammt, die Köpfe revolutioniert. Bresche muß, Bresche wird in das Bollwerk der Widersacher des Fortschritts gelegt werden."

„Der Sieg der Reaktion muß zum Pyrrhussiege werden. Da die Wahlrechtsbewegung gegen den Entwurf hat sich in noch viel großartigerem Maße eine systematische Bewegung gegen das Gesetz selbst zu schließen: das ist die Antwort des Volkes. Und das Signal zu dieser neuen Bewegung hatte das Volk von seinen Abgeordneten erwartet. Nicht hinauswerfen lassen sollen sie sich, sondern im richtigen Momente selbst den Austritt erklären und hinausgehen zu ihren Wählern, um mit diesen gegen das Gesetz gewordene Wahlunrecht zu kämpfen und zu agitieren.

Mit der Parole: Nieder das Wahlunrecht! Hoch das allgemeine, gleiche, direkte, geheime Wahlrecht! Hinein in den neuen Kampf! quittiert das Volk heute seine politische Entrechtung!"

Kein Zweifel, man plante eine große Protestbewegung, welche das Dreiklassenwahlsystem über den Haufen werfen sollte und fühlte sich darin nur dadurch behindert, daß erstens noch einige Sozialdemokraten im Landtage saßen, und zweitens sich vielleicht noch Wählermassen fänden, die auch unter dem Dreiklassensystem zur Wahl gehen. Erst sich der Mandate entledigt, und dann kopfüber in den Strom der großen Massenbewegung, die sich gegen das neue, ungleiche Wahlrecht erheben sollte!

Uns dagegen erschien diese Art, sich das gleiche Wahlrecht wieder zu erobern, die damit beginnen sollte, daß man auf diejenigen Abgeordnetensitze, die man noch hat, und auf diejenige Wahlagitation, die auch unter dem neuen Wahlsystem möglich ist, verzichtet, sehr seltsam. Uns erschien es, daß man durch einen derartigen passiven Widerstand nichts ausrichtet, daß man dadurch nur höchstens seinem eigenen gepreßten Herzen Luft macht, den Gegnern aber in keiner Weise imponiert. Wir sagten uns: entweder wir verzichten auf den Kampf — dann bleibt allerdings nichts übrig, als die Waffen zu strecken — oder denn, wir kämpfen weiter trotz dem neuen Wahlgesetz und gegen das neue Wahlgesetz, und dann müssen vor allem unsere Abgeordneten, welche von der Tribüne des Landtags herab am besten im stande sind, unseren Protesten Ausdruck zu verleihen und für uns Agitation zu treiben, erst recht ihre Mandate behalten, und dann müssen wir auch unter dem neuen Wahlrecht uns an den Wahlen beteiligen, weil die Wahlagitation uns die beste Gelegenheit giebt, die Massen aufzuklären, unsere Anhänger zu organisieren und unsere Gegner zu desorganisieren und eine Wahlagitation ohne Wahlbeteiligung undurchführbar ist. Ob es uns nicht dennoch doch gelingen dürfte, ein oder das andere Mandat wiederzuerobern, kam in zweiter Linie in Betracht. Demgemäß schrieben wir damals:

„Man hat die Adressen verwechselt. Es wäre zu fordern, nicht daß die sozialdemokratische Fraktion, sondern daß die bürgerliche Majorität die Mandate niederlegt!

Hauptsächlich aber meint man, daß die Mandatsniederlegung einen großen Eindruck in der Oeffentlichkeit machen wird. Das ist eine große Täuschung! Für ein paar Leitartikel und Versammlungen giebt die Mandatsniederlegung Stoff und in einer Woche verwischt sich der Eindruck vollkommen!

So ist es aber überhaupt mit dem passiven Widerstand. Man erreicht damit nur etwas, wenn die Gegner den Kopf verlieren. Lassen sie sich aber nicht in Verwirrung bringen, so beherrschen sie die Situation."

Wir erklärten: „Mit der Mandatsniederlegung thut man der Bourgeoisie kein Weh an" und fragten, „ob die Partei nicht die niedergelegten Landtagsmandate bei verschiedenen Gelegenheiten peinlich vermissen würde"? Wir meinten: „Wenn man eine Agitation für das allgemeine, gleiche Wahlrecht entwickeln will, so wird man doch nicht damit beginnen, sich die Agitationsmittel zu vermindern"? Wir fragten, wie anders, als durch Vermittelung unserer Landtagsabgeordneten soll die Agitation für das gleiche Wahlrecht einen „parlamentarischen Ausdruck" erhalten? Und wir schlossen mit den Worten: „Zum Zwecke einer erfolgreichen Agitation für das allgemeine, gleiche Wahlrecht müssen die Landtagsmandate beibehalten werden!" In weiterer Schlußfolgerung wurde von uns, aus den schon angeführten Gründen, die Wahlbeteiligung gefordert. Als in unserer Zeitung Genosse E. für eine Wahlagitation ohne Wahlbeteiligung eintrat, unter der Begründung, wir hätten keine Aussichten, Mandate zu erlangen, erwiderte darauf Genosse „rr." in einer weiteren Nummer der „Sächs. Arb.-Ztg.":

„Diese Gründe können nicht als stichhaltig angesehen werden. Richtig erscheint, daß die Wählerklasse, sofern sie eine selbständige Politik, sei es eine sozialdemokratische oder auch eine andere oppositionelle, betreiben will, keinen Wahlerfolg erzielen kann. Kommt es denn aber auf den Wahlerfolg an? Wäre dies der Fall, so hätte E. recht, wenn er sagt: Kein Wahlerfolg — also keine Wahlbeteiligung. Unseres Erachtens ist aber die Voraussetzung eine gänzlich verfehlte. Nicht um die Eroberung einiger Mandate unter dem Dreiklassenwahlsystem kann es sich handeln, sondern um den Sturz des Dreiklassenwahlsystems!

„Sehr bedenklich ist der Hinweis, daß ja noch die Gemeinderatswahlen und die Reichstagswahl uns zu Gebote stehen, daß man daher bei den Landtagswahlen sich mit einem Protest gegen die Vergewaltigung begnügen könne. Dies gerade hieße: „Das Gesetz acceptieren, uns mit ihm abfinden!"

„Der „passive Widerstand" wird in den breiteren Massen des Volkes schwer verstanden werden. Bloße Protest-Versammlungen gegen geschehenes Unrecht lassen die Menge bald kalt. Auf diese Weise könnte der Wunsch der Reaktion in Erfüllung gehen, daß das Interesse der großen Bevölkerungsmasse an den Landtagsangelegenheiten erlischt, daß politische Gleichgiltigkeit bezüglich der sächsischen Angelegenheiten eintritt, daß die herrschenden Kliquen ziemlich ungestört fortwursteln dürfen."

Und er meinte dann in Bezug auf die Landeskonferenz, die bevorstand:

„Wenn wir aus dieser Auffassung heraus die Aufgaben der Landeskonferenz bestimmen wollen, so liegt auf der Hand, daß ihre Hauptthätigkeit darin bestehen muß, in bestimmter Weise die Mittel und Wege zu präzisieren, wie eine dauernde, lebensvolle Agitation in der dritten Wählerklasse und eine Organisation derselben als einheitliche Kämpferschar gegen das Dreiklassenwahlunrecht herzustellen ist. Das ist die Aufgabe, des Schweißes aller Edlen ist."

So standen sich die Ansichten gegenüber, und darüber haben wir nun auf Grund der gemachten Erfahrungen die Entscheidung zu treffen. Fassen wir zusammen: nicht darum handelt es sich, ob das Dreiklassenwahlsystem mehr oder weniger schlecht. Daß es miserabel ist, darin sind wir alle einig. Es handelt sich darum, auf welche Weise die Sozialdemokratie am besten diesem Wahlgesetz entgegenwirken kann? Nicht die Frage der Wirkungen des Dreiklassenwahlsystems, sondern die Frage der Bekämpfung des Dreiklassenwahlsystems steht auf der Tagesordnung.

Fragen wir uns nun, bevor wir zu der Besprechung der Wahlergebnisse übergehen, wie sich die Taktik der Mandatsniederlegung und Wahlenthaltung bewährt hat? Wir glauben, darüber herrscht vollkommene Klarheit auf allen Seiten. Da hat sich alles so entwickelt, wie wir es vorausgesagt haben. Von der großen „Protestbewegung" war keine Spur zu finden. Die flammenden Worte, die dazumal gesprochen wurden, sind verraucht, ohne einen Lufthauch hinter sich gelassen zu haben. Und wo man sich an den Wahlen nicht beteiligte, da gab es auch keine Wahlagitation. In Leipzig hat man eine große Versammlung zusammengebracht und ein Flugblatt verteilt — kein Mensch wird sich einbilden, daß der reaktionäre Klüngel sich daraus etwas macht. Dabei galt die Stötteritzer Versammlung nach ihrem ganzen Verlauf gar nicht den Landtagswahlen, sondern den Reichstagswahlen. Nun konzentriert sich ja auch jetzt die ganze Argumentation auf diesen Punkt, daß wir bei den Reichstagswahlen Vergeltung für das Dreiklassenwahlsystem üben werden. Das ist eine Selbsttäuschung, wie vor 1½ Jahren die Fata morgana der „großen Protestbewegung", die sich dem sehnsüchtigen Auge offenbarte. Wie wenig die Reichstagswahlen die Landtagswahlen zu ersetzen vermögen, ist ja bereits in den von uns zitierten Ausführungen von „gr." klargelegt worden. Daß das Dreiklassenwahlsystem für uns ein gutes Agitationsmittel, unterliegt keinem Zweifel, allein es ist Irrtum, wenn man glaubt, bei den Reichstagswahlen das Dreiklassenwahlsystem in den Vordergrund der Agitation stellen zu können. Die Reichstagswahlen haben eben ihre eigene Interessensphäre, die vielumfassender ist. Man kann keine besondere sächsische Wahlparole für die Reichstagswahlen ausgeben. Da wird es sich in erster Linie um Dinge handeln, welche das gesamte Reich angehen; als Nebending nur wird im Vergleich damit die sächsische Wahlentrechtung erscheinen. Es wäre auch ein taktischer Fehler höchsten Grades, wollte man in Sachsen bei den Reichstagswahlen alles andere in den Hintergrund treten lassen gegenüber der Frage des Dreiklassenwahlsystems zum Landtage: steht doch vielleicht die Frage des Reichstagswahlrechts auf der Tagesordnung!

Ein überraschendes Resultat hat der Ausfall der Landtagswahlen in Bezug auf die Taktik der Wahlenthaltung geliefert. Man sollte annehmen, daß die Nichtbeteiligung der Sozialdemokratie zu einem starken Nachlassen der Wahlbeteiligung der bürgerlichen Parteigänger führen würde. Allein das trat durchaus nicht ein. In Leipzig I waren bei der vorhergehenden Landtagswahl 2386 nationalliberale Stimmen abgegeben, diesmal 2233, also eine Verminderung von nur 153 Stimmen; in Leipzig IV erhielt jetzt der nationalliberale Kandidat 2057 Stimmen, während voriges Mal dem sozialistischen Kandidaten bloß 1763 deutsch-soziale Stimmen gegenüberstanden, die Zahl der bürgerlichen Wahlstimmen hat sich also, trotz der Nichtbeteiligung der Sozialdemokratie und trotzdem überhaupt kein Gegenkandidat aufgestellt wurde, um fast 300 vermehrt! In den anderen Wahlkreisen, in denen die Sozialdemokratie sich an den Wahlen beteiligte, ist die Zahl der bürgerlichen Wähler durchweg gesunken. Daraus ergiebt sich:

1. daß die bürgerlichen Parteien offenbar über einen noch immer sehr erheblichen Bestand von Wählern verfügen, welche bereit sind, auch dann zur Wahlurne zu gehen, wenn es einfach gilt, für die Partei zu demonstrieren, ohne daß irgend ein Gegner zu bekämpfen wäre;

2. daß die sozialdemokratische Wahlbeteiligung, weit entfernt, wie befürchtet wurde, die reaktionären Parteien zu einer stärkeren Wahlbeteiligung anzuspornen, vielmehr diesmal die Wirkung zu haben scheint, diese Wahlbeteiligung heruntergesetzt zu haben.

Dieses auf den ersten Blick überraschende Ergebnis läßt sich nicht schwer erklären. Die Reaktionäre profitieren von der Unkenntnis der Massen. Wenn wir nun beiseite bleiben und alles seinen Gang gehen lassen, so trampelt eben die Hammelherde auf ein gegebenes Zeichen zur Wahlurne. Wenn wir aber eine lebhafte Wahlagitation betreiben, so gewinnen wir nicht nur Anhänger, sondern wir machen manchen stutzig, der sonst, ohne sich besondere Gedanken zu machen, konservativ oder nationalliberal gewählt hätte, jetzt aber der Wahl lieber fern bleibt. Darum war es ja auch stets unsere Hauptaufgabe, die Massen aufzurütteln, während die Reaktion, in richtiger Erkenntnis der Sachlage, die Massen in möglichster Ruhe erhalten möchte. Genau besehen, war das auch der Hauptgrund der Wahlrechtsänderung. Daraus ergiebt sich eine interessante Schlußfolgerung für Preußen: Wenn die Sozialdemokratie dort an den Landtagswahlen teilnimmt, so werden dadurch wohl die liberal gesinnten Bürger zu einer stärkeren Wahlbeteiligung aufgemuntert, kaum aber wird es den Junkern gelingen, aus diesem Grunde die stumpfe und niedergedrückte Wählermasse, die nur ihrem Befehl folgt, zu einer regeren Wahlbeteiligung zu veranlassen, eher ist, im Gegenteil, anzunehmen, daß die Wahlagitation, die, wenn die Sozialdemokratie auf dem Plane erscheint, einen ganz anderen Charakter annehmen wird, der konservativen Wählerschaft Abbruch thun wird.

Dies die Taktik der Wahlenthaltung. Es ist mit aller wünschenswerten Klarheit bewiesen: **Wenn wir uns an den Wahlen nicht beteiligen, so räumen wir bloß das Feld vor den Gegnern, ohne ihnen dadurch auch nur den geringsten Verlust beizufügen.**

Und nun die Frage der Mandatsniederlegung? Daß diese ganze „große Aktion" ebenfalls nichts als ein Schlag ins Wasser wäre, darüber braucht jetzt kein Wort mehr verloren zu werden. Aber es ist noch gesagt worden, daß die geschwächte Landtagsfraktion, die außerdem unter dem Eindruck ihres nahen gänzlichen Verschwindens stehen wird, nicht mehr im stande sein wird, mit nötigem Nachdruck aufzutreten. Auch dies ist bereits glänzend widerlegt worden. Noch ist der Landtag nicht zusammengetreten, und schon hat unsere Landtagsfraktion die öffentliche Aufmerksamkeit in hohem Grade auf sich gelenkt und die Regierung in eine peinliche Lage versetzt. Wir meinen den Antrag auf Staatshilfe für die Wassergeschädigten. Die Sache, die schon jetzt für uns agitatorisch gewirkt hat, harrt noch ihrer Erledigung im Landtag, und zwar in doppelter Beziehung: die Regierung muß Rechenschaft ablegen über die gewährte Unterstützung, und sie muß sich rechtfertigen wegen der Nichtberücksichtigung des § 105 der Verfassung. Außerdem liegen bereits wieder Eisenbahner-Petitionen vor, die gerade jetzt unserer Fraktion eine vorzügliche Gelegenheit bieten werden zu einem thatkräftigen Eingreifen. Dann die Fälle Steiger und Schulze u. a. m. Schließlich der erste Ausfall der Landtagswahlen unter dem neuen Gesetz. Kurz, wir haben schon jetzt begründete Aussichten, daß unsere Fraktion bei der bevorstehenden Landtagstagung der Regierung und den Parteien, nach alter Gewohnheit, das Leben recht sauer machen wird.

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id416950779-18971005/1 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG